

Antrag 71/I/2022 KDV Pankow

Maßnahmen und Angebote der Suchtprävention in Berlin verstärken. Finanzierung sicherstellen.

Beschluss: Beschluss des Parteitags

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von Berlin setzen sich dafür ein, Maßnahmen und Angebote der Suchtprävention im Bereich der schulischen Bildung und im Bereich der außerschulischen Bildung berlinweit zu verstärken.

Der Austausch der für Jugend und Bildung, für Gesundheit und für Wissenschaft zuständigen Senatsverwaltungen mit den Fachkräften in den Schulen, bei den freien Trägern und mit den Bezirksverwaltungen zu den Formen und den Inhalten von Suchtprävention ist zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Überweisen an

AH Fraktion, Senat

Stellungnahme(n)

Stellungnahme Senat 2024:

Seit 2022 wurden verstärkt Maßnahmen und Angebote zur Suchtprävention sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich ausgebaut. Im schulischen Bereich wurden Programme und Projekte zur Sensibilisierung und Aufklärung über Suchtgefahren in den Lehrplan integriert. Dazu gehören beispielsweise spezielle Unterrichtseinheiten, Workshops oder Projekttag, die Schülerinnen und Schüler über die Risiken von Suchtmitteln informieren und sie für einen gesunden Lebensstil sensibilisieren sollen. Darüber hinaus wurden auch außerschulische Angebote wie Informationsveranstaltungen, Beratungsstellen und Freizeitaktivitäten ausgeweitet, um Jugendliche außerhalb des schulischen Umfelds zu erreichen. Hier arbeitet die öffentliche Hand mit gemeinnützigen Organisationen und Fachkräften zusammen, um ein breites Spektrum an Präventionsmaßnahmen anzubieten.

Zusätzlich wurden Medienkampagnen gestartet, die darauf abzielen, das Bewusstsein für die Risiken von Suchtverhalten zu erhöhen und Jugendliche sowie ihre Eltern zu informieren. Diese Kampagnen nutzen verschiedene Kanäle wie soziale Medien, Plakatwerbung und Informationsmaterialien, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Insgesamt wird in Berlin ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt, der darauf abzielt, Jugendliche frühzeitig über Suchtgefahren aufzuklären, sie zu stärken und ihnen alternative Lebenswege aufzuzeigen, um sie vor Sucht zu schützen.

Stellungnahme AH-Fraktion 2024:

Seitens der SPD-Fraktion wurden Maßnahmen der Suchtprävention im Zuge der Bundesgesetzgebung zur Teillegalisierung von Cannabis diskutiert. Hierzu findet eine intensive Debatte statt, die neben den aktuellen Veränderungen auch Aspekte der grundsätzlichen Stärkung von Suchtprävention berücksichtigt. Derzeit ist zum Thema die Erarbeitung eines Antrags vorgesehen, der einen breiten Blick auf Suchtprävention im schulischen und außerschulischen Bereich wirft.